

15 000 × Nein zu neuen Veloschikanen – und ein Etappensieg im Bundeshaus

Der Widerstand von Pro Velo gegen neue Veloschikanen zeigt Wirkung. Der im März lancierte Appell ist auf ein sehr grosses Echo gestossen, und auch im Parlament konnte Pro Velo einen wichtigen Erfolg erzielen: Eine Immatrikulationspflicht für Cargo- und Longtailvelos ist wohl vom Tisch. Allerdings wurden auch schon wieder neue Vorstösse eingereicht, um Velofahrende zu behindern.

INNERHALB Gut zwei Monaten haben über 15 000 Personen den von Pro Velo lancierten Appell «Das Velo fördern statt ausbremsen» unterzeichnet und sich damit klar gegen neue Schikanen für Velofahrende ausgesprochen. Die unmissverständliche Botschaft an die Bundespolitik lautet: Das Velo muss gefördert werden, und Velofahrende dürfen nicht mit unnötiger Bürokratie und zusätzlichen Abgaben belastet werden. Mit einer Aktion am Weltvelotag auf dem Bundesplatz wurde die Forderung dem Bundesrat und dem Parlament überbracht.

Erfolg im Nationalrat

Dieses Engagement von Pro Velo zahlt sich aus. Nachdem der Ständerat im letzten Jahr eine Motion von Mauro Poggia (MCG, GE) für eine Immatrikulationspflicht aller Lasten- und Longtailvelos überwiesen hatte, erteilte die Verkehrskommission des Nationalrats diesem Ansinnen nun eine klare Abfuhr. Gleich mit 18 zu 2 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) beantragt sie dem Nationalrat, den Vorstoss abzulehnen. Pro Velo hatte sich im Vorfeld aktiv für eine Ablehnung eingesetzt und so zu diesem klaren Resultat beigetragen.

Der Appell wurde mit einer Aktion am 3. Juni ins Bundeshaus gebracht.



Bild: Pro Velo

Unterstützung kam dabei auch von Cycla, der von Pro Velo initiierten Veloallianz im Bundeshaus. Gemeinsam werden auch zwei weitere hängige Vorstösse bekämpft: die Motion von Daniel Sormanni (MCG, GE), die eine allgemeine Helmpflicht auf allen Velos und die Beschränkung des Kindertransports auf zwei Kinder pro Velo fordert, und die Motion von Didier Calame (SVP, NE), mit der eine Ausbildungspflicht für Velofahrende sowie eine Immatrikulationspflicht für alle Velos verlangt wird.

Neues Ungemach droht

Der Widerstand gegen neue Veloschikanen wird Pro Velo aber auch weiterhin fordern. Denn es wurde schon wieder ein Vorstoss eingereicht, mit dem das Velofahren unnötig erschwert werden soll. Daniel Ruch (FDP, VD) verlangt in einer Motion, die «Verpflichtung zum Tragen einer minimalen Schutzausrüstung» für Velofahrende zu prüfen – unter Beachtung der Grundsätze der Verhältnismässigkeit und der Eigenverantwortung.

«Die Velofahrenden dürfen nicht mit unnötiger Bürokratie und zusätzlichen Abgaben belastet werden.»

Was konkret gemeint ist, bleibt schwammig. Klar ist nur, dass einmal mehr allein die Velofahrenden in die Pflicht genommen werden sollen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern. Der wichtigste Faktor für sicheres Velofahren bleibt hingegen einmal mehr unbeachtet: eine grosszügige, unterbruchsfreie, direkte und verständliche Veloinfrastruktur – wenn immer möglich vom motorisierten Verkehr abgetrennt. Man stelle sich vor, was erreicht werden könnte, würde das Parlament seine Zeit und Energie für dieses Ziel einsetzen, anstatt für immer neue unausgereifte Ideen, um Velofahrende zu disziplinieren! **oo**

Unfallstatistik aussagekräftiger gestalten

In der Schweiz fehlt in der Velounfallstatistik der Bezug der Unfallzahlen zu den gefahrenen Kilometern oder zur Unterwegszeit. Nationalrätin und Pro-Velo-Präsidentin Delphine Klopfenstein Broggin (Grüne/GE) kritisiert diese Lücke. Mit einer Interpellation verlangt sie, dass diese Relationen – die sogenannte Exposition – auch in der Schweiz erfasst werden. Der Bundesrat bestätigt zwar den Zusammenhang zwischen Unfallzahlen und zurückgelegten Kilometern, ist jedoch nicht bereit, die Unfallstatistik entsprechend zu ergänzen. Pro Velo bedauert diese Haltung.

Sharrows für mehr Sicherheit

Nationalrätin Gabriela Suter (SP/AG) fordert mit einer Motion, die Markierung von sogenannten Sharrows auch in der Schweiz zuzulassen. Diese aus einem Velosymbol und zwei Pfeilen bestehenden Fahrbahnmarkierungen signalisieren Velofahrenden die empfohlene Fahrposition und den übrigen Verkehrsteilnehmenden, besonders Rücksicht auf Velofahrende zu nehmen. Die Wirksamkeit der Sharrows ist wissenschaftlich belegt. Sie werden in anderen Ländern auf schmalen Strassen und entlang parkierter Autos angebracht. In der Schweiz werden sie derzeit geprüft, wie der Bundesrat mitteilt. Sie sollen jedoch nur bei erhöhtem Gefahrenpotenzial zum Einsatz kommen. Pro Velo setzt sich für eine möglichst breite Anwendung ein.

Gelder für Abstellanlagen

Gute Nachricht für Benutzerinnen und Benutzer von Velos und Zügen: In einer Richtlinie zu «Vereinbarungen der Infrastrukturbetreiberin mit Dritten» sieht das Bundesamt für Verkehr (BAV) unter bestimmten Bedingungen vor, dass bis zu 50 Prozent der Kosten für Veloabstellanlagen an Bahnhöfen aus Mitteln des Bahninfrastrukturfonds (BIF) finanziert werden können. Bei Parkieranlagen im Freien liegt der Maximalbetrag pro Abstellplatz bei 750 Franken, in Gebäuden bei 1500 Franken. Aus Sicht von Pro Velo ist dies eine wichtige Massnahme, um an Bahnhöfen ein ausreichendes Angebot an Veloabstellplätzen sicherzustellen. Die Richtlinie muss noch verabschiedet werden.

Härtere Strafen bei Diebstahl

Nationalrat Lukas Reimann (SVP/SG) verlangt, dass Velodiebstahl zukünftig strenger sanktioniert wird. In einer Motion schlägt er vor, dass «die Entwendung zum Gebrauch von Fahrrädern und E-Bikes mit erheblichem Wert nicht mehr pauschal als Übertretung behandelt wird». Er verlangt «wirksame strafrechtliche Sanktionen». Nur noch in Fällen, in denen ein Abhängigkeitsverhältnis besteht oder eine grundsätzliche Nutzungsberechtigung missbraucht wurde, soll eine mildere Behandlung zulässig sein. Ebenso wie Pro Velo unterstützt auch der Bundesrat die Forderung und beantragt dem Parlament, die Motion anzunehmen.

Mehr zu all diesen Themen:
www.pro-velo.ch/de/themen/velopolitik